



23/SVV/1125

Antrag
öffentlich

Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung erweitern

<i>Einreicher:</i> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<i>Datum</i> 23.10.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
08.11.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
29.11.2023	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Stellungnahmen der Verwaltung zu Gesetzgebungsverfahren des Landes bzw. dem Städte- und Gemeindebund den jeweils thematisch zuständigen Ausschüssen vorab zur Kenntnis zu geben. Ebenso sollen Bürgerbefragungen vorab im Hauptausschuss vorgestellt werden.

Begründung:

Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene sind politisch bedingte Weichenstellungen, die auf das Leben der Menschen in den Gemeinden direkten Einfluss ausüben. Bürgerbefragungen begleiten den öffentlichen und den politischen Diskurs in der Gesellschaft gleichermaßen. Aus diesem Grunde ist es angemessen, die Gemeindevertretungen jeweils zu informieren.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung